

Proporz auf Österreichisch

Die Landtagswahlen und Regierungsbildung in Niederösterreich werden für die politische Bildungsarbeit zu einer Herausforderung. Weil es ein vor allem für jüngere Wähler kaum verständliches Proporzsystem gibt. Was ist das? Warum nur, warum gibt es so was? Welche politischen Vor- und Nachteile entstehen dadurch?

1 Der Begriff Proporz wird alltagssprachlich als negative Bezeichnung für Parteibuchwirtschaft oder Postenschacher verwendet. Doch das ist hier nicht gemeint. Im politikwissenschaftlichen Sinn bedeutet ein Proporzsystem die anteilmäßige Beteiligung politischer Parteien an der Regierung je nach Wahlergebnis. Also bestimmen in Nieder- und Oberösterreich wir alle als Wähler, welche Partei wie viele Regierungsmitglieder stellen soll.

2 Da packeln nicht Parteipolitiker im Hinterzimmer, sondern das ist in der Landesverfassung vorgeschrieben. Konkret stehen dem niederösterreichischen Wahlausgang entsprechend in der ÖVP ab sofort vier Regierungsposten zu, der FPÖ drei und der SPÖ zwei. Das sind für die „Schwarzen“ zwei Landesräte weniger als bisher und für die „Blauen“ zwei mehr. Weil eben die Freiheitlichen bei der Wahl stark zugelegt haben.

3 Nur in Vorarlberg gab es so eine Regelung nie, und Wien ist ein Sonderfall. In Salzburg und Tirol wurde der Regierungsproporz 1999 abgeschafft, in der Steiermark 2011, im Burgenland 2014 und in Kärnten 2017. Überall dort gibt es seitdem eine freie Koalitionsbildung. Welche Parteien auch immer eine Mehrheit haben und sich einigen, bilden die Regierung. Der Rest landet auf den harten Oppositions-



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität für Weiterbildung Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

bänken. So wie es ja auch nach einer Nationalratswahl keinen automatischen Anspruch auf Ministerposten gibt.

4 Aus geschichtlicher Sicht hatten Proporzregierungen einen guten Grund: Im Jahr 1934 haben die politischen Lager bei uns aufeinander geschossen. Daher wollte man die größeren Parteien durch die Verankerung des Proporz in der Verfassung an einen gemeinsamen Regierungstisch zwingen. Wer da gemeinsam sitzt, spricht im Normalfall auch miteinander anstatt sich mit Maschinengewehren gegenseitig abzuknallen.

5 Dieses Argument war früher richtig, doch müssen wir im Jahr 2023 hoffentlich keine Waffengewalt der Parteien befürchten. Was den Streit mit Worten betrifft, so ist die Politik in den Proporzländern aber oft um nichts weniger untergriffig als anderswo. Zudem sollte man

auf die politischen Haken beim Proporz hinweisen.

6 Die FPÖ etwa hat einen Oppositionswahlkampf geführt, obwohl sie Teil der Sankt Pöltener Landesregierung war. Umgekehrt könnten sich ebenda nun ÖVP und SPÖ mehrheitlich verständigen, um die Zuständigkeiten von Landesräten der FPÖ auf die Beobachtung des blauen Himmels, Autotankstellen und Männerchöre zu beschränken. Was jeweils nicht Sinn der Sache ist.

7 In Oberösterreich waren von 2009 bis 2021 gar alle Landtagsparteien zugleich Regierungsparteien. Weil das dem Resultat der Wahl entsprach. Eine echte Opposition gab es nicht. Der Landtag soll aber die Regierung kontrollieren. Wie soll das funktionieren, wenn jede Partei mindestens einen Landesrat hat und man sich da bloß selber überwacht?

8 In Niederösterreich stellen jetzt ÖVP, Grüne und Neos gemeinsam 30 von 56 Landtagsabgeordneten. Also mehr als die Hälfte. Trotzdem kann es keine Koalition dieser Parteien und keine grüne oder pinkfarbene Regierungsbeilegung geben. Obwohl die Regierung im Landtag gewählt wird, und man dort eine demokratische Mehrheit hätte. Doch dürfen erst Parteien ab knapp zehn Prozent der Stimmen Landesräte haben, also sind kleinere Parteien von vornherein raus.

9 Wien wiederum ist anders und kurios. Zwei Koalitionsparteien – momentan sind das SPÖ und Neos – machen sich ein Regierungsprogramm sowie Stadtratsposten und deren Aufgabenbereiche aus. Zugleich gibt es von ÖVP, FPÖ und Grüne als „Opposition“ fünf nicht amtsführende Stadträte. Diese sind für genau gar nichts zuständig außer für ihr Türschild, den eigenen Schreibtisch und die Visitenkarten.

10 Dafür bekommen sie als Nichtsteuer – wofür sie mangels Kompetenz nichts können, auch wenn sie liebend gerne als Mitregierende arbeiten wollen – ein Monatsgehalt von über 9000 Euro brutto. Weil verfassungsgemäß Gemeinden alle Parteien anteilig im Gemeindevorstand vulgo Stadregierung vertreten sein müssen. Und Wien ist eben nicht nur Bundesland, sondern auch eine Gemeinde.

11 Auch Landes- und Bundesverfassungen kann man ändern. Warum das nicht geschieht? Von sämtlichen Parteien gibt es immer wieder Kritik am Proporz. Solange man durch diesen keinen Vorteil hat. Die Chance der eigenen Partei auf einen Proporzposten will sich letztlich keiner entgehen lassen. Weder die Grünen in Wien noch die FPÖ in Niederösterreich verzichten auf so eine Stelle. Also bleibt typisch österreichisch alles beim Alten.

